

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 28 (1987)  
**Heft:** 7

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Unsere Meinung

### Demokratisierung bitte nachmachen

**Die Sowjetunion demokratisiert sich, und was tut der Westen? Man kann auch diese Frage stellen, und wir wollen ihr so nachgehen, wie sie von der «Prawda» am 3. März dieses Jahres angegangen worden ist.**

Der Redaktionsartikel auf Seite 3 jener Ausgabe behandelte das Thema «Menschenrechte im Westen» unter Berufung auf zahlreiche Leserzuschriften. Während in der Sowjetunion – das werde häufig in Leserbriefen betont – eine «breite Demokratisierung» im Gange sei, während sich hier Volk und Gesellschaft an die gigantische Arbeit der Umgestaltung machten, vermisste man entsprechende Änderungen im Westen völlig. Dort bleibe alles beim alten, und die kapitalistische Gesellschaft denke nicht daran, Gerechtigkeit zu halten.

Die Überlegung hat ihre Niedlichkeit. Man braucht sich nur die Analogie zum Beispiel im südafrikanischen Kontext vorzustellen. «Wir haben die Apartheidgesetzgebung gemildert», müsste dann das entsprechende Argument sein, «und das soll uns das Ausland erst einmal nachmachen, bevor es über uns herfällt.»

Kurz, es geht nicht. Wenn wir im Westen eine Demokratisierung à la UdSSR durchführen wollten, müssten wir erst einmal ihre Diktatur



Der Zweitsteuerermann. («Polityka», Warschau, 28. 2. 1987.)

haben beziehungsweise einführen. Die dortige Umgestaltung besteht (mindestens unter anderem) aus einer Lockerung von diktatorischen Regeln, die uns zum Glück noch fehlen.

Zur Hauptsache freilich meinen das die sowjetischen Leserbriefschreiber nicht so. Sie meinen einfach, bei ihnen habe eine Wende zum Guten eingesetzt, und der Westen lasse eine entsprechende, eine *ihm* entsprechende Wende vermissen. Auf die kürzeste Formel gebracht, lautet ihre Botschaft: Wir tun etwas, und was tut ihr? Was aber tun die Sowjetbürger? Das, was ihnen die Führungsspitze oder deren Generalsekretär von oben her gestattet bis verordnet. Und hier wiederum fehlt uns die entsprechende Führungsinstanz, und wiederum zum Glück. Der gute König fehlt uns, weil uns der König überhaupt fehlt. Aber das ist kein Grund, ihn zu vermissen.

Die sowjetischen Vorgänge sind für Demokratien notgedrungen unnachahmlich. Das ist die Antwort, die wir grundsätzlich geben müssen, wenn wir uns die Fragen selber stellen, welche die «Prawda» mit Hilfe ihrer Leser halbwegs rhetorisch aufwirft. Aber daneben sind auch die konkreten Beispiele interessant, welche die zitierten Briefe anführen.

Es gibt auch hier Niedlichkeiten der schieren Ignoranz. Man sieht sie, wenn ein Einsender, wahrscheinlich voller Stolz auf die eben eingeführte Möglichkeit zur erweiterten Kritik im eigenen Land, ernsthaft versichert, die Sowjetmenschen würden an eine Demokratisierung der westlichen Gesellschaft erst dann glauben, wenn dort die Massenmedien die Herren der Banken und die Industriemanager frei kritisieren dürften. Die «Prawda»-Redaktion übrigens zitiert dieses «Kriterium» ohne Richtigstellung.

Daneben findet sich die bewährte Vorstellung, dass es keine glaubhafte Demokratie für eine Gesellschaft geben könne, in der Dutzende von Millionen Arbeitslose ihrer Menschenwürde beraubt seien. Mit dem Argument der Massenarbeitslosigkeit war schon Adolf Hitler daran gegangen, die Weimarer Republik aus den Angeln zu heben. Das ist etwas, was der sowjetische Leserbriefschreiber mangels verfügbarer Information natürlich nicht wissen kann. Bloss die Leute im Westen, die hier den Tauglichkeitstest für die Demokratie ebenso schlicht vornehmen wie er, die könnten es wissen und sollten es auch.

Von spezifischem Interesse aber ist eine Briefstelle vom gleichen Einsender, der im Westen die öffentliche Kritik an Bankherren und dergleichen vermisst. Er schreibt, dass kürzlich in der lettischen Autofabrik RAF der Direktor aus mehreren Dutzend Kandidaten von der Belegschaft gewählt wurde, und fragt, wo so etwas im Westen möglich sei. Bezug genommen wird hier auf einen bisher in der UdSSR einmaligen Fall. Die frei werdende Direktorenstelle wurde öffentlich ausgeschrieben, und es trafen weit über tausend Bewerbungen ein, von denen die Direktion einige Dutzend in die engere Auswahl nahm; schliesslich stellte man der Belegschaft eine Zweierauswahl vor und liess sie abstimmen. Ein durchaus bemerkenswerter Präzedenzfall. Indessen ist die Frage des Einsenders völlig falsch adressiert. Es ist nicht der Westen, der die Diktatur des Proletariats verkündet hat, wohl aber das Sowjetsystem. Und wenn es siebzig Jahre gebraucht hat, bis einmal eine Belegschaft bei einer Direktorenwahl mitreden darf, so zeigt das nur, wie total verlogen die Verkündigung gewesen ist. Der Westen hat bisher sehr wenig an Arbeiterselbstverwaltung vorzuweisen – aber immer noch mehr als die Sowjetunion.

Was in der Sowjetunion heute vor sich geht, ist unsere volle Aufmerksamkeit wert. Und es erinnert uns daran, dass wir hier im Westen eine Vorleistungsgesellschaft haben.

*Christian Brügger*

### Schweizerisches Ost-Institut (SOI) Bern

Die Folgen des Gorbatschow-Kurses  
Osteuropa zwischen Krise und Reform

### VORTRAG

von Professor Paul Lendvai, Wien

1929 in Budapest geboren; seit  
1. April 1987 Intendant von Radio  
Österreich International; vormals  
Leiter der Redaktion für Ost- und  
Südosteuropa des Österreichischen  
Rundfunks (ORF); Mitherausgeber  
und Chefredaktor der  
Vierteljahrszeitschrift «Europäische  
Rundschau»; Autor vielbeachteter  
Bücher über die kommunistische Welt

**Montag, 27. April 1987, 20.00 Uhr, in  
der Aula der Universität Bern (fünf  
Gehminuten vom Bahnhof Bern)  
Eintritt: Fr. 10.—  
(Studenten, Lehrlinge Fr. 5.—)**

**Schweizerisches Ost-Institut (SOI)  
Bern**

## In Kürze

Von wegen Pluralismus. In Budapest fand eine Konferenz über ideologische Fragen der sozialistischen Entwicklung statt, und in seinem Referat bekannte sich der ZK-Sekretär Janos Becz ausdrücklich und ausdrücklich im Namen der Partei zum Pluralismus. Eine Sensation? Nein, leider nicht, denn: «Der Pluralismus gilt für alle Entwicklungen, welche auf Initiative der Partei und unter ihrer Lenkung entstanden sind.»

«Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden» hat Rosa Luxemburg gesagt, und entsprechend ist der Pluralismus immer nur der Pluralismus, der auch die Gegenstimme zulässt. Ob das geschieht, wird auch bei der sowjetischen Entwicklung die Testfrage sein. Die Glasnost ist mehr, als man bisher hatte, aber Pluralismus ist sie (noch?) nicht.

★

Zu den Neuerungen am Rande gehört es in der Sowjetunion, dass Spitzensportler von jetzt an auch offiziell den Status eines Berufssportlers haben können. Bis jetzt hielt man an der Fiktion fest, dass Sport im Sozialismus nur eine Freizeitbeschäftigung darstelle. Deshalb waren die faktischen Professionals pro forma in irgendeinem Betrieb in irgendeiner Funktion eingestellt; zu arbeiten brauchten sie dort nicht. Nun will man sich von der Amateurfassade abwenden und dem deklarierten Berufssport zuwenden. Den ersten Schritt hat man mit den Spitzensportballern gemacht, die «sich ihren Unterhalt jetzt auch offiziell mit ihrem Talent verdienen können», wie «Magyar Hirlap» (Budapest, 3. 3. 1987) anmerkt. Tatsächlich ändert sich an den faktischen Gegebenheiten ja nichts. Man erspart sich in Zukunft bloss die Unkosten einer Lüge, an die ohnehin niemand glaubt. Das ist ein Motiv, das noch für manche andere sowjetische Neuerung ins Gewicht fallen mag.

★

Die sowjetische Zeitschrift «Ogonjok» hat im Februar aktuelle Fälle von Folterungen durch die sowjetische Polizei angeführt, und es ist mindestens präzedenzlos, dass dieses Thema gegenwartsbezogen angeschnitten wird. Der konkrete Fall betrifft Karelien, wo zwei Polizeibeamte einige Verdächtige misshandelt hatten, um Geständnisse zu erpressen. Letztes Jahr sind in diesem Zusammenhang fünf Funktionäre entlassen worden, weil sie mit unerlaubten Mitteln versucht hatten, der angeordneten Untersuchung der Vorfälle einen Riegel zu schieben. Als Zeuge wird ein Fabrikarbeiter angeführt. Er sagt aus, die Polizisten hätten ihn geschlagen, getreten und gewürgt, bis er ein Ge-

ständnis unterzeichnet habe, wonach er des Diebstahls von Ersatzteilen aus seinem Werk schuldig gewesen sei.

★

In der Ukraine werden umfangreiche Erdarbeiten vorgenommen, um der Gefahr vorzubeugen, dass sich aus der 30-km-Zone um Tschernobyl radioaktiver Staub ausbreitet und insbesondere die Wasserqualität von Kiew beeinträchtigt. Die Möglichkeit stellt laut Tass ein Problem dar. Indessen gebe es keinen ernstlichen Grund zur Beunruhigung.

★

Die «Komsomolskaja Prawda» (Moskau, 26. 3. 1987) berichtet über eine Verseuchung des Ribinsk-Stausees (300 km nördlich von Moskau). Sie hatte sich bereits Anfang Januar ereignet, als giftige Abwässer eines Chemiewerks ausflossen, wurde aber von den Behörden vertuscht. Die Bevölkerung wurde erst sechs Wochen später gewarnt, als vergiftete Fische in den Handel gelangt und konsumiert worden waren. Bei dieser Gelegenheit ist auch festgestellt worden, dass selbst im Normalfall ein Teil der Industrieabwässer ungereinigt dem Stausee zugeführt wird.

★

Ähnlich wie im Westen wird auch in der Sowjetunion das Wort «Apparatschik» landläufig abwertend für Funktionäre oder Bürokraten gebraucht und gehört damit selbstverständlich nicht zum Vokabular der Sowjetpresse. Indessen ist diese semantische Sperre jetzt durchbrochen worden. Am 12. März jedenfalls brauchte die «Prawda» selber das Wort, und zwar genau im gleichen negativen Sinn, den die Bezeichnung sonst eben hat. Ein kleineres Zeichen der grösseren Öffnung.

★

In ihrer Nummer 11/1987 veröffentlichte die sowjetische Illustrierte «Ogonjok» aus dem Roman «Die Kinder vom Arbat» von Anatoli Ribakow ein Fragment, das sich mit den repressiven Verhaftungen von 1934 unter Stalin befasst. Zur gleichen Zeit strahlte die amerikanische «Voice of America» in ihrer tschechischen Sendung den gleichen Roman in Fortsetzungen aus. Eine eigenartige Situation im Sowjetlager.

Zum 18. Jahrhundert gehörte die Losung der Freiheit und zum 19. Jahrhundert die Losung der Gleichheit. Die Gegenwart aber brauche die Losung der Verständigung. So der polnische Professor und Soziologe M. Gulczynski zur Frage, wie man dem «sozialen Konflikt in Polen» (dessen Vorhandensein eingeräumt wird) beheben könne. («Sztandar Mlodych», Warschau, 19. 2. 1987)

★

Laut einer Umfrage beziehen 63 Prozent der polnischen Jugendlichen unter 18 Jahren ihre Informationen (auch) aus «inoffiziellen Informationsquellen», und das heisst vermutlich: aus der Untergrundpresse. («Trybuna Ludu», Warschau, 17. 3. 1987)

★

Nach der Verschmutzung der Oder in Mährisch-Ostrau Ende November 1986, die sich bis weit ins polnische Schlesien ausgewirkt hat (siehe ZB, Nr. 23/1986), sind verschiedene tschechoslowakische Verantwortliche mit unterschiedlichen Strafen (von Geldbussen über Gehaltskürzungen bis zu Freiheitsentzug) belegt worden. Der Hauptschuldige namens Prikrýla erhielt 18 Monate Gefängnis unbedingt. («Express Wieczorny», Warschau, 20. 3. 1987)



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern  
Thunstrasse 7  
am Helvetiaplatz  
Tramlinien 3+5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und  
Reinigungen von Orient-,  
Handweb- und Berber-  
teppichen sind wir Ihr  
Vertrauenshaus.

## Mullah-Verhaftung führte zu Strassenunruhen

Wie man nachträglich aus der sowjetischen Lokalpresse erfahren hat, ist es wegen der Verhaftung eines «inoffiziellen Mullahs» in der tadschikischen Stadt Kurgan-Tjube letztes Jahr zu Strassenunruhen gekommen. Darüber haben die Zeitungen «Kommunist Tadschikistana» (Duschanbe, 31. 1. und 12. 2. 1987; russisch) sowie «Todschikistan-i Sowjeti» (Duschanbe, 14. 2. 1987; tadschikisch) berichtet.

Der fragliche Mullah, Abdulla Sajdow, war im August 1986 festgenommen worden und ist noch immer eingesperrt. Die Stadt Kurgan-Tjube hat 53 000 Einwohner und befindet sich 60 km von der afghanischen Grenze entfernt.

Dass die Verhaftung des Mullahs zu einem Aufruhr geführt hatte, war aus den tadschikischen Medien ein halbes Jahr später zu erfahren, zum Beispiel in der folgenden Version:

«Die Nachricht von der Festnahme Sajdows durch die Verwaltungsorgane wurde bald in der Region Wachschi verbreitet. Sie veranlasste noch am gleichen Tag seine Glaubensgenossen, jene Gläubigen, die ihm Treue und Gefolgschaft geschworen hatten, zur Tat zu schreiten. In den Strassen der Stadt Kurgan-Tjube widerhallten am gleichen Tag die Stimmen seiner Jünger (...) überaus laut. Zu ihnen gesellte sich ein Haufen von Abenteurern und Müssiggängern aus der Stadt selbst (*Sajdow hatte in der Umgebung gewirkt*). Die Menge störte die öffentliche Ordnung und behinderte die Arbeit der Arbeitsstellen.»

Aus der weiteren Schilderung ergibt sich allerdings, dass zum genannten Haufen auch Partei-

mitglieder und «gebildete Intellektuelle» gehörten. Eine Gruppe begnügte sich nicht mit der Strassenkundgebung, sondern drang in die Räumlichkeiten der Polizeiverwaltung ein, um die Freilassung des Mullahs zu fordern.

Schliesslich heisst es, dass die Beteiligten «angemessen bestraft» worden seien. Abdulla Sajdow selbst und einige Leute aus dem «Mob seiner Jünger» erhielten Freiheitsstrafen von unterschiedlicher Dauer (woraus man schlies-

sen kann, dass andere Demonstranten mit Geldbussen belegt wurden).

Die sowjetische Darstellung ist lückenhaft und zeigt zudem, dass die Glasnost (Offenheit) der Berichterstattung manchmal mit Zeitzünder funktioniert. Sie gestattet trotzdem einen Blick auf Vorgänge, die für das sowjetische Zentralasien möglicherweise symptomatisch sind. Das Aufbegehren der Moslems kann offenbar gegebenenfalls virulente Formen annehmen. ■

## Gefängnisse in Nicaragua

**Der Pressedienst von «Christian Solidarity International» (Zürich) hat eine Schilderung veröffentlicht, die ein entlassener politischer Gefangener in Nicaragua über die Zustände in seinem Gefängnis gegeben hat.**

Seit Oktober 1984 ist Fanor Avendaño Soza Jr. Generalsekretär der JRSC, der Jugendorganisation der Christlichsozialen Partei Nicaraguas (PSC). Bereits als Schüler wurde Fanor Avendaño unter dem Somoza-Regime zweimal verhaftet, das erste Mal im Alter von 15 Jahren. Aus Enttäuschung über den von ihm empfundenen Verrat der sandinistischen Machthaber an ihren ursprünglichen revolutionären Zielsetzungen schloss er sich der christlichsozialen Jugendorganisation an. Im April/Mai 1986 wurde Avendaño in Managua von den Sandinisten für drei Wochen inhaftiert. Seine Entlassung erfolgte erst nach internationalen Protesten. Im August 1986 wurde er erneut festgenommen. Nunmehr liegt eine deutsche Übersetzung seiner Gefängnisserlebnisse vor:

«Als mich die Sandinisten im April 1986 verhafteten, brachten sie mich zuerst in die Polizeistation von Bello Horizonte, dem Viertel von Managua, in dem ich wohne. Anschliessend bin ich in die «Zona Franca» verlegt worden, die Strafanstalt bei Tipitapa.

In «Bello Horizonte» gibt es eine einzige Zelle für männliche Gefangene. Sie ist nur 2 x 1 m gross. In der Regel sperren die Gefängnisbeamten zehn Personen in diesen winzigen Raum. Die einzige Latrine ist in der Zelle. Es gibt weder Stuhl noch Bett! Die Gefangenen schlafen auf dem Boden.

Im Gefängnis «Zona Franca» merkte ich, dass viele junge Bauern verhaftet wurden, die von den Sandinisten als Konterrevolutionäre angesehen wurden. Sie erhoben aber niemals Anklage und führten die Gefangenen keinem Gericht vor. Es gibt junge Bauern, die von ihnen aus den Bergen verschleppt wurden, weil sie sie verdächtigten, bewaffneten Widerstandsgruppen anzugehören.

(...) Grauensvoll ist der Gefängnisalltag. Man sperrte mich, einen politischen Gefangenen, mit Kriminellen zusammen. Dadurch wird der politische Gefangene im allgemeinen in grosse Schwierigkeiten gebracht, denn er muss sich in den berüchtigten Kämpfen bewähren, die die Strafgefangenen in den Zellen ausfechten. Nicht wenige wurden auf diese Weise verletzt oder starben an den Folgen solcher Machtbe- weise.

(...) Während meiner Gefangenenszeit wurde ich auch vom Direktor der «Zona Franca» bedroht. Ich habe nie seinen Namen erfahren, aber Offiziere und Soldaten, die in diesem Gefängnis arbeiten, sagten mir, er sei Hauptmann und Leiter der Anstalt. Man holte mich eines Nachts aus der Zelle, und der Hauptmann drohte mir, ich sollte mich von den übrigen Gefangenen fernhalten und ihnen nicht von meiner Partei, dem Partido Social Cristiana, erzählen, er sei über jeden Schritt, den ich tue, genau unterrichtet.» ■



Sowjetische Moslems, hier in Georgien.

## Durch die Brille eines Bajans

In Genf ruhen derzeit die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Begrenzung oder gar völligen Abbau der nuklearen Mittelstrecken-Waffen. Nach Ostern dürften sie wieder in Gang kommen. Bis dahin wird noch viel hinter den Kulissen gerungen und gefeilscht, noch mehr in der sogenannten öffentlichen Meinung (im Westen) zwecks Beeinflussung.

Auch in der Dritten Welt, in Entwicklungsländern beschäftigt sich die öffentliche Meinung mit dem Geschehen in Genf, in Westeuropa. Barbados (431 Quadratkilometer, 260 000 Einwohner – vorwiegend Schwarze und Mulatten) mag ein willkürliches Beispiel sein, aber doch ein beachtenswertes für eine Denkweise, die so mancher Mitteleuropäer verloren zu haben scheint. So beschäftigte sich dieser Tage Gladstone Holder in «Weekend Nation» (36 000 Auflage, führendes Blatt auf der Insel) mit Amerikanern, Sowjets, Abrüstungsverhandlungen, Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI). Einige seiner Gedanken und Folgerungen seien hier wiedergegeben.

### Ein Ex-Präsident und SDI

Jüngst äusserte sich der ehemalige amerikanische Präsident, Jimmy Carter, in einer sowjetischen Zeitung dahin, dass ein Raketen-Abwehrschild im erdnahen Weltraum ein Unsinn sei. SDI sei ein offensives System. Laut Gladstone Holder muss Michail Gorbatschow, der sowjetische Parteichef, äusserst glücklich über diese Äusserung des ehemaligen Präsidenten sein. Der Unterschied bestehe jedoch darin, dass Jimmy Carter in Frieden in die Vereinigten Staaten von einer Auslandsreise zurückkehren könne und niemand werde ihn wegen seiner nicht belegbaren Äusserungen belangen. Wäre er, Carter, jedoch ein Sowjetbürger, so fielen der Empfang zu Hause nach einer analogen Unterstützung des sowjetischen Standpunkts wohl ganz anders aus...

Jimmy Carter, der zwei Tage nach der sowjetischen Invasion Afghanistans im Dezember 1979 gesagt habe, er hätte jetzt mehr über die Sowjets gelernt als in den Jahren zuvor seiner Präsidentschaft, «krönt seine Naivität» mit seiner Unterstützung der Gorbatschowschen Abrüstungsvorschläge einer nuklear-freien Welt bis 2000...

Carter habe wohl die Westeuropäer vergessen, meint Gladstone Holder, wie auch viele Westeuropäer die Falle nicht sähen, in die sie heute mit dem sowjetischen Vorschlag einer «Null»-Lösung für Europa im Bereich der nuklearen Mittelstrecken-Systeme gelockt würden. Schafften die Sowjets ihre SS-20-Raketen und die Amerikaner ihre Pershing-II und Cruise Missiles (Marschflugkörper) ab, so wäre Westeuropa völlig den sowjetischen nuklearen Kurzstrecken-Raketen und den überlegenen konventionellen Streitkräften des Warschauer Paktes ausgeliefert, folgert Holder (gewissermassen pro memoria für Westeuropäer).

Ein «Phänomen» bedrückt Gladstone Holder, wie er seinen Lesern auf seiner Zucker-Insel, die geographisch zu Mittelamerika gehört, kundtut. Dass nämlich in Westeuropa – was ihn sehr beschämt – von zahlreichen Medienleuten alles angezweifelt werde, was demokratisch gewählte Regierungschefs und Präsidenten zum Thema Abrüstung sagen oder vorschlagen. Gladstone Holder denkt dabei vorab an Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Diese Einstellung vieler Medien stimmt ihn traurig.

Er fragt sich, ob denn vergessen worden sei, dass Michail Gorbatschow das «Produkt und der Repräsentant einer geschlossenen Gesellschaft, eines totalitären Systems» sei. Die Lüge sei Grundlage dieses Systems und seines Überlebens.

### Friede in unserer Zeit

Will «man» Gladstone Holder glauben, so ist der «unterentwickelte» Bajan (wie die Einwohner von Barbados sich nennen) nach wie vor entsetzt darüber, dass Mitte Februar an die 900 prominente West-Ausländer nach Moskau «pilgerten», um auf dem «Internationalen Friedensforum» dem sowjetischen Parteichef und seinen Vorschlägen für «Frieden in unserer Zeit» ihren Respekt zu zollen. Was Gorbatschow gesagt habe, hätte sich gut angehört, aber es erinnere ihn an den britischen Premierminister Neville Chamberlain, der 1939 nach der Begegnung mit dem deutschen Nazi-Führer, Adolf Hitler, ebenfalls von «peace in our time» gesprochen habe. Offenbar wiederhole sich die (europäische) Geschichte. Anscheinend seien sich die Westeuropäer nicht gewahr, was Frieden im sowjetischen Vokabular bedeute.

Gladstone Holder memoriert (nur für seine Leser): «Kein Widerstand gegen oder ignorieren des sowjetischen Expansionismus; eine wesentliche Politik, die den sowjetischen Bestrebungen nicht zuwiderläuft; ein «entspanntes» internationales Klima, in dem der Kommunismus gedeihen und erblühen kann; sowjetischer Sieg auf der ganzen Linie.»

Barbados sitzt nicht in Genf am Verhandlungstisch, und die Vereinigten Staaten sind und liegen ihm näher als Westeuropa... Und die Brille, durch die «uns» die Bajans – zumindest Gladstone Holder – betrachten, mag für «uns» völlig unwesentlich sein. Vielleicht (?). *jb*



Oder ist der Zustand des sozialistischen Lagers so desolat, dass sich niemand mehr Sorgen zu machen brauchte? Karikatur ohne Worte (zur Erneuerung) aus «Polityka», Warschau, 26. 3. 1987.

## Nahost-Friedenskonferenz

Der Gedanke einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz macht gewissermassen die Runde. Hat er derzeit aber auch Aussicht auf Verwirklichung? Er dünkt einen eine Fata Morgana.

Eine Luftspiegelung, und zwar ungeachtet dessen, dass jüngst der ägyptische Präsident, Hosni Mubarak, und der israelische Aussenminister, Shimon Peres, in Kairo «neue Ideen» für eine solche Konferenz erörterten.

### Hindernisse

Nahezu völlig belanglos ist die Aufforderung der Europäischen Gemeinschaft (EG), unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen (UNO) nach Frieden zu suchen. «Etwas», da es überfällig war, mussten die Westeuropäer zum Problemkreis des Nahen Ostens sagen. Und dass sich neuerdings die Vereinigten Staaten etwas für den Gedanken erwärmen können, die Sowjetunion ebenfalls eine Rolle im langwierigen Friedensprozess spielen zu lassen, ist pures Wahnen des Gesichtes. Da nun die Waffenlieferungen an Iran aufgedeckt sind, möchte die Regierung von Präsident Ronald Reagan in Washington wieder ihre Glaubwürdigkeit bei den (gemässigten) Arabern etwas aufpolieren.

Nun besteht aber Mubarak nach wie vor darauf, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) von Yassir Arafat an den Verhandlungstisch gehöre. Ein Ansinnen, das für Israel unakzeptabel ist. Der syrische Staatschef, Hafes es-Assad, sträubt sich gegen jede Konferenz, die zum Frieden mit dem israelischen Erzfeind führen könnte. Er opponiert deshalb, wenn auch nicht offen ausgesprochen, einer möglichen Teilnahme der Sowjetunion. Immerhin sind Damaskus und der Kreml vertraglich zu Freundschaft und Kooperation verpflichtet.

Auch Jerusalem hat seinen Preis für ein Mitreden des Kremls. So fordert eines eine Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen. Diese ruhen seit dem Sechstagekrieg vom Juni 1967. Sodann verlangen die Israeli eine Beseitigung der Barrieren für auswanderungswillige Sowjet-Juden. Und letztlich, aber entscheidend, möchte Jerusalem eine internationale Konferenz nur als Vorverhandlungen für direkte Gespräche mit Amman, Jordanien, verstanden wissen.

Ein Hindernis, wahrscheinlich das grösste, liegt in Israel selbst. Peres befürwortet im Prinzip eine internationale Konferenz mit sowjetischer

Beteiligung. Ministerpräsident Yitzhak Shamir ist grundsätzlich dagegen. Die Regierung der mühsamen Nationalen Einheit dürfte zusammenbrechen, versteifte sich der sozialdemokratische Aussenminister (Peres) allzu sehr. Die Folge wären Neuwahlen. Das heisst wiederum, dass alle Verhandlungen ruhen, bis die neue Regierung steht. Gewinne nun aber der im Grunde kompromisslose Likud-Block von Shamir, so wäre letztlich wahrscheinlich überhaupt nichts gewonnen im Nahost-Friedensprozess.

Hinzu kommt im Augenblick, dass sich die Israeli in doppelter Hinsicht sorgen. Zum einen fürchten sie einen syrischen Angriff mit chemischen Waffen, zum anderen hat sich der ägyptische Verteidigungsminister, Feldmarschall Abdul Halim Abu Ghasala, kürzlich recht doppel-sinnig geäussert.

Vielleicht wird die syrische C-Waffen-Gefahr aus psychologischen Überlegungen der Israeli hochgespielt. Tatsache ist aber, dass Zehntausende von israelischen Schulkindern den Gasschutz üben. Laut Verteidigungsminister Yitzhak Rabin hat der Einsatz tödlicher Nervengase durch den Irak gegen den Iran im Golfkrieg die «psychologische Hemmschwelle» für die Verwendung solcher Waffen in einem künftigen Nahostkonflikt durchbrochen.

### Doppelsinniges aus Kairo

Mit Äusserungen vor Offizieren alarmierte Abu Ghasala die Israeli. Der Feldmarschall, der als möglicher Nachfolge von Mubarak «gehandelt» wird, sagte doppel-sinnig, Israel sei Ägyptens hauptsächlichster und einziger Feind gewesen: «Wenn Kairo und Damaskus ihre militärischen Anstrengungen koordinieren, so könnten sie Israel eine vernichtende Niederlage zufügen.» Und weiter: Auch im «Schatten des Friedens» (mit Israel, Camp-David-Abkommen von 1978) ruhen die Vorbereitungen nicht, «damit wir jederzeit unsere Rechte wieder erlangen können».

### Auch Kairo plagen Sorgen

Nun plagen aber auch Kairo erhebliche Sorgen. Vorzeitige Wahlen zur Nationalversammlung (Rat des Volkes/Parlament) stehen am 6. April an. Der Sieg der National-Demokratischen Partei (NDP) des Präsidenten ist sicher. Gewiss (später) auch die Wiederwahl von Mubarak durch das neue Parlament für eine weitere, zweite Amtszeit. Der ehemalige Luftmar-

schall wurde am 14. Oktober 1980 als Nachfolger des ermordeten Anwar es-Sadat vereidigt. Aber Mubarak ist heute in den Augen vieler Ägypter ein schwacher Präsident.

Und Ägypten gratwandert am Bankrott-Abgrund. Es ist mit 38 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet. Rückzahlungen erscheinen heute ebenfalls als eine Fata Morgana. In der Staatskasse gähnt Leere. Exportierte das Nil-Land vor einem Jahrzehnt noch Lebensmittel, so muss es heute für täglich zehn Millionen Dollar Essbares einführen... Alle neun Monate wächst die Schar der kleinen, hungrigen Mäuler um mehr als eine Million (bei einer gegenwärtigen Einwohnerzahl von über fünfzig Millionen).

Mancher mittelständische Ägypter spricht heute ungeniert davon und darüber, dass Ägypten unter einem starken Militär besser kutscherte. Abdul Halim Abu Ghasala? Vielleicht eine Luftspiegelung wie die ins Gerede gebrachte internationale Nahost-Friedenskonferenz.

*Jacques Baumgartner*



## MENSCHENRECHTE

- Dokumente
- Schicksale
- Informationen

Aktuelle Berichte aus totalitären Staaten, Interviews, Dokumente über Menschenrechtsverletzungen  
6 Ausgaben pro Jahr

Zeitschrift der INTERNATIONALEN  
GESELLSCHAFT FÜR  
MENSCHENRECHTE

Einzelexemplar DM 5. —  
Jahresabonnement DM 24. —  
Probeexemplare kostenlos bei:  
Internationale Gesellschaft für  
Menschenrechte e. V., Kaiserstr. 72,  
D-6000 Frankfurt/M., Tel. 06 11/23 69 71

Spendenkonto:  
Deutsche Bank AG, Ffm. Kto. 405/2031  
Postcheckamt, Kto. 3269-66-602 Ffm.

Absender:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

(Bitte in Blockschrift schreiben)

## Brief und Antwort

### Schulbibliotheken

In ZeitBild 4/1987 hatten wir unter dem Titel «Unsere Schulbibliotheken als Feindbildlieferanten» einen Beitrag von Hans Rychener veröffentlicht. Wir bringen dazu einen zustimmenden Brief sowie eine kritische Einsendung, auf welche der Autor abschliessend antwortet.

#### Lieber Herr Rychener

Einmal mehr (s. unsere Korrespondenz vom Herbst 1986) sprechen Sie mir mit Ihrem Artikel über unsere Schulbibliotheken (ZB 4/87) gewissermassen aus der Seele: analoge Einseitigkeiten dürften auch bei öffentlichen Bibliotheken vorkommen. Dabei ist es schwer zu beurteilen, ob die antidemokratischen bzw. totalitären Präferenzen den Bibliothekaren oder ihren Informanten zur Last gelegt werden müssen.

Hier Abhilfe zu schaffen – schliesslich geht es um die geistige Prägung der Jugend und die Indoktrination gerade der intellektuell ansprechbaren Volksgruppen – scheint ebenso notwendig wie problematisch. Jedes Vorgehen, das mit Vorwürfen an die Verantwortlichen und irgendwelcher Oberaufsicht verbunden wäre, dürfte zum Bumerang werden: «Bevormundung», «Zensur», «Neuaufgabe des <Index verbotener Bücher>» – mit solchen Schlagworten lässt sich eine unkritische Öffentlichkeit durch parteiergreifende Medien leicht manipulieren.

Voraussetzung für jede mögliche Remedur wäre eine Sichtung der Bibliotheksbestände, welche die vermutete Einseitigkeit tatsächlich bestätigt. Man könnte z. B. nachweisen, dass über bestimmte Themen (Rüstung, Demokratie, Kritik an wirtschaftlichen Verhältnissen) antidemokratische Literatur selbst minderen Ranges vorliegt, während Werke kompetenter und hiesiger Autoren fehlen; andernfalls fiele die Ausrede leicht, man führe eben im Zeichen der Toleranz ein breites Spektrum.

Vielleicht müsste man auch die Verleger freier orientierter Literatur zu gezielter Propagierung der einschlägigen Werke beim SBD und bei den Bibliotheken anhalten. Leider stellt man häufig fest, dass progressive Kreise viel aktiver und ideenreicher für ihre Sache werben als die Vertreter des demokratischen Gedankengutes.

Wie man auch vorgeht: es dürfte keinesfalls Zweifel darüber aufkommen, dass keine Zen-

surgelüste am Werk sind, sondern nur die Absicht besteht, die nachgewiesene *verkappte* Zensur durch eine liberalere Auswahlpraxis zu ersetzen.

Zur angeregten, aber nur oberflächlich skizzierten Analyse der Bibliotheksbestände: Als Glücksfall wäre denkbar, dass ein Doktorand seine Dissertation dieser Aufgabe widmet; politisch relevante Themen und gleichzeitig «heisse Eisen» sind ja ebenso gefragt wie selten...

Mit freundlichen Grüssen *Otto Braun*

#### Sehr geehrte Redaktion

Hans Rychener hat seinen Artikel «Unsere Schulbibliotheken als Feindbildlieferanten» als Diskussionsbeitrag bezeichnet. Darum wird weder er noch die Redaktion des «ZeitBilds» etwas dagegen haben, wenn ich seine Darstellung als masslos übertrieben, einseitig und damit irreführend bezeichne.

Ich möchte gleich klarstellen: So wie ich Rycheners Artikel als subjektiv bezeichne, so wird er meine Erwiderung als ebenso subjektiv einstufen können, bezieht sie sich doch auf ein einziges Beispiel, nämlich auf unsere Schulbibliothek.

Meine Kollegin und ich, beide Sekundarlehrerinnen, betreuen die Schulbibliothek, die sowohl unserer Primar- wie Sekundarschule dient. Auch wir erhalten die Bücherlisten des Schweizer Bibliotheksdienstes (SBD) und bestellen dort fertig aufbereitete Bücher. Aus Zeitgründen ist es uns nicht möglich, alle vom SBD erwähnten Neuerscheinungen zu lesen; wir müssen uns deshalb auf die Empfehlungen verschiedener Ausschüsse stützen.

Aber wir sind weder naiv noch kritiklos. Mindestens die Hälfte der Bücher, die wir jährlich anschaffen, stammen nicht vom SBD, weil uns

jedes Bezugsmonopol zuwider ist. Wir bestellen ebenso viele in Buchhandlungen, Buchclubs, Buchantiquariaten sowie beim Silva- und beim Mondo-Verlag.

H. Rychener überschätzt den politischen Einfluss einer Schulbibliothek gewaltig! Unsere Bibliothek weist überdurchschnittlich hohe Ausleihzahlen auf. Was unsere Schüler bei uns am meisten holen, ist Belletristik, also Unterhaltung. Eigentliche «Hits» sind Comics, wie «Asterix», «Tim und Struppi», «Lucky Luke» und «Garfield». Jugendkrimis sind ebenfalls sehr beliebt, ferner Bücher über Jugendserien am TV. Bei den Sachbüchern sind Bände unpolitischen Inhalts (Naturkunde, Zoologie, Sport) am gefragtesten.

Natürlich versuchen wir ein möglichst breites Spektrum anzubieten. Unser Angebot in den Stoffkreisen Geographie und Geschichte darf sich ebenfalls sehen lassen. Diese Sachbücher werden oft im Schulunterricht (Arbeitsbibliothek, im bernischen Lehrplan vorgeschrieben!) eingesetzt.

Die von H. Rychener beanstandeten Bücher führen wir nicht, schon weil keine Nachfrage danach besteht. Wir wollen unsere Schüler nicht beeinflussen, schon gar nicht politisch-ideologisch, sondern ihnen für ihre Freizeit spannende Lektüre in einem akzeptablen Deutsch anbieten. Lesen soll ihnen in erster Linie Spass machen und einen Ausgleich zum TV-Konsum bilden.

Die Comics sind Lockvögel. Wer ihretwegen in die Schulbibliothek kommt, sieht bald, dass wir noch viel mehr anbieten, und bleibt nach einiger Zeit auch bei anspruchsvollere Lektüre hängen.

Sind wir ein Einzelfall? Was ich von anderen Schulbibliothekaren höre, verneint diese Frage. Der Steuerzahler darf beruhigt sein.

Mit freundlichen Grüssen *Edith Nussbaum*

#### Sehr geehrte Frau Nussbaum

Ihre Erwiderung auf meinen Artikel im ZeitBild Nr. 4 erhielt ich vom Ost-Institut, und ich möchte Ihnen darauf antworten. Ich betrachte Ihren Brief als fairen Beitrag zu einer, wie ich hoffe, fairen Auseinandersetzung. Wie ich Ihren Zeilen entnehme, betrifft Sie meine Kritik in keiner Weise, im Gegenteil: die Bibliothekführung in Wangen a. d. A. ist mustergültig. In ähnlicher Weise (ohne Hilfeleistung eines SBD) hoffe ich die langen Jahre die Bibliothek des einstigen städtischen Progymnasiums in Bern geführt zu haben.

Sie mögen meinen Artikel als subjektiv bezeichnen. Er ist es vermutlich auch in einem gewissen Grad. Besonders wichtig scheint mir Ihr Satz: «Wir müssen uns deshalb auf die Empfehlung verschiedener Ausschüsse stützen.» Wenn Sie dies in souveräner Weise tun, so gilt das aber nicht für alle Schulbibliotheken. Bestimmt gibt es Schulbibliotheken mit ideologisch anstössigen Büchern, die darauf gerichtet sind, die Toleranz im Buchwesen in einseitiger

Weise in Frage zu stellen. Angesichts der riesigen Anzahl guter, gängiger Bücher, die zur Ausleihe gelangen, darf man meine Bezeichnung «viele», bezogen auf staatsuntergrabende Bücher, nicht ganz wörtlich nehmen. Dazu aber ist zu sagen, dass nicht die Zahl, sondern die Stosskraft einzelner bedenklicher Drucksergebnisse bedeutsam ist. Der Satz einer Zuschrift von Herrn Braun aus Ennetbaden trifft ins Schwarze: «Leider stellt man häufig fest, dass progressive Kreise viel aktiver und ideenreicher für ihre Sache werben als die Vertreter des demokratischen Gedankenguts.»

Es ist eine Grundforderung, dass Schüler weder ideologisch noch politisch beeinflusst werden dürfen; sie sollen selbständig denkende, der Wahrheitssuche verpflichtete wache Erwachsene werden. Erstmals aufgeschreckt hat mich das vom Kanton Bern mitfinanzierte Berner Lesebuch «Fluggras», eine Sammlung preisgekrönter Arbeiten von Berner Autoren. Das sehr einseitige «Fluggras» wurde den höheren Mittelschulen als kostenlose Staatslektüre gegen unseren Staat und seine Einrichtungen abgegeben (ZeitBild 7, 18/84). Dann kamen die «Rotstrümpfe» aus dem Benziger Verlag, die auch über Schulbibliotheken unsere Jugend erreichten. Ein ganz übles Konglomerat ist «Rotstrumpf 5», der mit Verweigerungsphilosophie, Feindbildern und Hetze den Mädchen den Kopf verdreht. Nur drei von vielen Kernsätzen: «Erziehung und Frieden sind nicht vereinbar. Jeder muss für sich selbst herausfinden, was für ihn richtig ist. Unsere Scheissprüche aus der Bibel sind immer die ersten, sie sind wie von selber da» (ZeitBild 4, 1/85).

Mein Artikel vom 25. Februar zielt in erster Linie auf die mir völlig unbekanntesten Instanzen des Schulbibliothekwesens, die Bücher *sehr empfehlen*, die von Feindbildpflege, Geschichtslügen und Systemuntergrabung nur so strotzen. Oder die die Friedens- und Freiheitssehnsucht zu eindeutig marxistischer Propaganda missbrauchen und Pazifismus und Dienstverweigerung (nicht im Osten, wo beides unter schwerster Strafe steht) willkommen heissen. Welcher Schweizer nur konnte die erbärmlichen «Lieder von Frieden und Freiheit» als Aufstellerbüchlein empfehlen?

Eines der in meinem Artikel nicht behandelten Bücher – es gibt deren doch etliche – heisst «Kein Leben für Tiere» (Edgar Wüpper, Baltz Verlag). Es könnte unter dem Leitmotiv stehen «Kinder, lasst euch nicht wie dressierte Tiere ausbeuten. Wenn ihr Mensch sein wollt, dann müsst ihr euch auflehnen gegen Eltern und Lehrer». Das üble Machwerk (wir leben so gut, weil es den andern so schlecht geht) findet die Qualifikation «Ein energisches Buch, das ...».

Herr Braun aus Ennetbaden schreibt: «Voraussetzung für jede mögliche Remedur wäre eine Sichtung der Bibliotheksbestände, welche die vermutete Einseitigkeit tatsächlich bestätigt.» Eine Arbeit für einen Doktoranden!

Mit Respekt vor Ihrer Bibliotheksarbeit grüsset Sie freundlich  
Hans Rychener

## Unser Presse-Kommentar

### Von der Macht der Medienschaffenden

Die in Bern erscheinende evangelisch-reformierte Monatszeitung «Saemann» brachte in ihrer März-Ausgabe einen Bericht, der in zweifacher Hinsicht das Interessengebiet des Schweizerischen Ost-Instituts berührt: Desinformation und sozialistische Revolution in einer ehemaligen Kolonie. Der Bericht ist über «eine Reise der Trauer nach Angola» geschrieben worden. Zur Erklärung gibt der Chefredaktor, Klaus Bäuml, einleitend bekannt, dass der Schweizer Marc Blaser «am 16. Dezember 1985 im Alter von 21 Jahren bei einem Rotkreuzesatz in Angola von einem ihm völlig unbekanntem Soldaten hinterrücks und aus unbekanntem Gründen erschossen worden» ist. Dazu bemerkt die Mutter des Ermordeten, Frau Silvia Blaser-Bräker: «Für viele eine alltägliche Zeitungsmeldung, für unsere Familie der Verlust des geliebten Sohnes.»

Die Unglücksmeldung ist seinerzeit von den Agenturen verbreitet worden. Wer erinnert sich, davon über Presse, Radio oder Fernsehen erfahren zu haben? Keine Flamme der Trauer oder der Empörung wurde entfacht. Opfer kommunistischer Gewalt sind für westliche Medien kein Thema. Das gilt für die Toten an der deutsch-deutschen Grenze und in den afghanischen Dörfern, das war auch der Fall bei der Ermordung von Marc Blaser. Seine Beredigung in Köniz fand in aller Stille statt.

Wie anders war es doch, als zwei Monate später der schweizerische Entwicklungshelfer Maurice Demierre in Nicaragua ums Leben kam. Über ihn und seinen Tod als «neuestes Opfer des amerikanischen Imperialismus» wurde in allen Medien einschliesslich der elektronischen mehrmals und ausführlich berichtet, an seiner Abdankung in Bulle nahmen Entwicklungspolitiker und Brigadisten teil, dreizehn Nationalräte forderten seinetwegen den Bundesrat auf, «zu sagen, ob er es nicht als nötig erachtet, gegen die terroristischen Aktivitäten der Contras und gegen die direkte und die indirekte Einmischung der USA in Nicaragua Stellung zu nehmen?» (Interpellation Carobbio vom 4. 3. 1986).

Frau Silvia Blaser-Bräker beginnt die Beschreibung ihrer Reise «auf den Spuren von Marc» wie folgt: «Ankunft in Luanda (Hauptstadt). Omnipräsenz des Militärs. Die kommunistische

Regierung (MPLA) wird unterstützt von 30 000 kubanischen Soldaten und 4000 ostdeutschen und russischen Beratern («NZZ», 28. 1. 1986). Ein Schweizer Bürger lässt sich nicht träumen, dass sein Visum für Angola in der DDR begutachtet wird! Auf der Fahrt in die Stadt sehen wir keinen einzigen Verkaufsladen, weder für Lebensmittel noch für andere Waren. Die Soldaten an der Strassensperre durchsuchen unsere Taschen. Plötzlich werden ihre finsternen Gesichter freundlicher; sie bitten uns um Trinkwasser.»

Diese Schilderung lässt vermuten, dass die Autorin erstmals mit der Realität eines kommunistischen Staates in Kontakt gekommen ist; und schon fällt ihr Charakteristisches auf: Militär, Mangel, Kontrollen. Am erschütterndsten jedoch sind die Eindrücke, die sie bei der Verteilung von Lebensmitteln durch das Rote Kreuz erhielt. Weil diese nicht für alle reichen, werden die Kinder aufgrund der Relation Körpergrösse zu Armumfang A/B/C-unterteilt in solche mit leichten, mittleren und schweren Mangelerscheinungen. «Ich werde die sehnsüchtigen Blicke der A-Kinder nie vergessen, die ihren Geschwistern beim Essen zuschauten.» Nach durchgeführter Verteilung «stürzt sich eine Menschenmenge auf den Platz und sammelt jede Bohne, jede Handvoll Mehl, die auf der Erde liegen.»

In Lobito, wo Marc Blaser sein Leben verloren hat, bezogen die Eltern Quartier im «ehemals besten Hotel der Stadt und blicken auf einen traumhaften, menschenleeren Strand mit Palmen. Das friedliche Bild wird jäh zerstört durch die Anwesenheit zweier blutjunger Soldaten in Kampfanzügen, die mit Maschinenpistolen Tag und Nacht «Wache» stehen. Wen bewachen sie? Hitze und Durst sind unerträglich. Im besten Hotel gibt es keinen Tee, kein Mineralwasser, kein Bier, keinen Wein. Immer noch haben wir keinen einzigen Verkaufsladen gesehen.»

Was Frau Blaser besonders auffällt, ist charakteristisch für alle Gebiete, die eine sozialistische Revolution hinter sich haben. Und doch wird sie davon überrascht, weil unsere Medienschaffenden selten oder nie darüber berichten. Tut es das schweizerische Ost-Institut, so wird ihm vorgeworfen, nur Negatives zu sehen. MK

## Aus dem SOI

### Mitteilung

Auf die Veröffentlichung einer ersten Langzeitbeobachtung von Radio DRS 3 hin droht die SRG mit einer Klage gegen das SOI. Das verantwortliche Schweizer Ost-Institut (SOI) in Bern und der Autor der ersten Medienanalyse unter dem Titel «Die Gesamtverteidigungsübung (Dreizack) und die Berichterstattung von Radio DRS 3» (siehe letzte Nummer), halten fest, dass sie bedauerlicherweise das Opfer einer Namensverwechslung geworden sind.

Infolge einer unklaren, verwirrenden Ansage wurde die «Sounds»-Moderation vom 21. 11. 86 dem Radio-Mitarbeiter Benno K. zugeordnet. Richtig ist offensichtlich, dass an diesem Abend «Sounds»-Senderedaktionsleiter François Mürner das Programm begleitete, seinen Namen allerdings nie nannte. Die hergestellten Zusammenhänge und Wertungen bleiben bestehen, mit Ausnahme der Passage, die sich mit dem Vorleben des Benno K. befasst. Die entsprechenden Textstellen sind bereits korrigiert worden.

Im weiteren wird von der SRG unterstellt, der Autor der Analyse habe dem Radiomann vor-

geworfen – allerdings nur «sinngemäss» – ein «Feigling, militärischer Drückeberger und beeinflussbarer Journalist» zu sein. Vergeblich sucht man in der Analyse nach Passagen, die auch nur sinngemäss auf diese Weise verstanden werden könnten. Die Kritik an der Aussage eines Angehörigen der Abteilung Presse und Funkspruch (APF) allerdings, der sich am Radio anschliessend abfällig über diesen Einsatz äusserte, bleibt unverändert, ja gewinnt noch an Gewicht, da es sich bei François Mürner um einen Redaktionsleiter und nicht nur um einen gewöhnlichen Redaktor handelt.

Das SOI hält demgegenüber fest, dass die SRG der Analyse selbst und ihren Schlussfolgerungen nichts entgegenhalten zu können scheint; die SRG spielt deshalb eine an sich bedeutungslose Namensverwechslung hoch. Für die nachgewiesenen Fehlleistungen von Radio DRS 3 und die Schlussfolgerungen der Analyse ist der Irrtum in der Namensbezeichnung ohne Belang. ■

## Der Kommentar

### Kontrolle für die Kontrolleure der Nation?

Man nennt die Massenmedien – Presse, Radio und Fernsehen – auch die «Vierte Gewalt», anspielend auf Macht und Einfluss, die bei der veröffentlichten Meinung liegen. Sie kontrollieren die drei anderen Staatsgewalten, wachen mit Argusaugen über alle ihre Schritte und Handlungen und verteilen Lob und Tadel nach ihrem Gutdünken.

So weit, so gut. Die demokratische Bedeutung von Presse und elektronischen Medien ist unbestritten, ein pluralistischer Staat ist ohne freie Medien nicht denkbar. Doch geben gewisse Vorgänge der letzten Zeit zu denken.

Auf die Ankündigung eines Parlamentarierkomitees, eine Langzeitüberwachung der Ausgewogenheit des Programms von Radio DRS in Angriff zu nehmen und auf die erste Studie im Rahmen dieser Medienanalyse reagieren SRG und Journalistenverbände mit Empfindlichkeit. Die SRG reicht Klage wegen einer Namensverwechslung ein, ohne materiell auf die Vorwürfe einzugehen. Die Journalistenverbände sprechen der Studie – ebenfalls ohne Widerlegung

der erhobenen Vorwürfe – schlicht die Wissenschaftlichkeit ab. Weshalb diese panischen Reaktionen?

Zunächst ein Wort zur demokratischen Einbettung der Medienschaffenden. Die Angehörigen der drei traditionellen Staatsgewalten sind alle entweder vom Volk oder von den Volksvertretern demokratisch gewählt. Die Gewalten kontrollieren sich gegenseitig und werden zusätzlich von den Medien kontrolliert, und sie können bei Fehlleistungen oder Versagen periodisch abgewählt werden. Die Journalisten dagegen brauchen sich keinen demokratischen Wahl-, Wiederwahl- oder Kontrollprozessen zu stellen.

Offenbar wollen sich die selbsternannten Kontrolleure der Nation selbst jeglicher Kontrolle entziehen, wenn sie die Träger der beabsichtigten Medienanalyse als «selbsternannte Medienpolizisten» diskreditieren. Sowohl SRG wie Journalistenverbände verweigern bisher eine sachliche Diskussion über den materiellen Inhalt der Studie.

Eine einzige Namensverwechslung, die am Inhalt und Befund der Analyse nichts ändert, wird zum Anlass genommen, zu behaupten «faktische Fehler und Unterstellungen» prägen den Bericht. Zudem wird die Wissenschaftlichkeit pauschal abgesprochen, obschon jeder Leser sich durch den Vergleich mit dem beigelegten Transkript selbst ein Bild der Korrektheit der Analyse machen kann.

Besonders stossend ist die Feststellung der Journalistenverbände, die Radio-Kritiker hätten eine Konzessionsbeschwerde einreichen müssen, da sonst «Voreingenommenheit gegenüber journalistischer Arbeit» offenbar werde. Kritik ausserhalb dieses Rechtsweges – der sich überdies als wenig wirksam erwiesen hat – wird abqualifiziert und schlichtweg nicht zugelassen.

Wegen des Resultats von Langzeitüberwachungen Beschwerde zu führen ist schon wegen den gesetzlichen Fristen nicht möglich. Andererseits werden viele Konzessionsbeschwerden mit dem Hinweis verworfen, dass Ausgewogenheit sich nicht auf eine Sendung, sondern nur auf eine längere Periode und alle Sendefässer beziehen können. Hier wird die Quadratur des Kreises offensichtlich, die jede auf dem Beschwerdeweg wirksame Kritik verhindert, da sie schlicht nicht angebracht werden kann. Fristsetzung und Zwang zur Langzeitüberwachung widersprechen sich diametral.

Die Journalisten in der Schweiz sind doch um vieles besser, als ihre Verbände andeuten. Sie bleiben im Interesse der offenen Gesellschaft zweifellos bereit, eine ernsthafte und gut dokumentierte Kritik zu diskutieren. Der Demokratie zuliebe . . .

Peter Sager